

**Dirk Adams**  
Sprecher für Innenpolitik  
Telefon: 0361 37- 72673  
[dirk.adams@gruene-fraktion.thueringen.de](mailto:dirk.adams@gruene-fraktion.thueringen.de)

Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Thüringer Landtag;  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

**Frank Kuschel**  
Sprecher für Kommunalpolitik  
Telefon: 0361 / 377 26 19  
Mobil: 0170 / 470 61 98  
[kuschel@die-linke-thl.de](mailto:kuschel@die-linke-thl.de)

**an alle Thüringer Bürgerinnen und Bürger**

**Einladung zur öffentlichen Anhörung**

Erfurt, 13.10.2010

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

seit Jahren wird in Thüringen eine Diskussion zur Abschaffung der Beitragsfinanzierung im Thüringer Kommunalabgabenrecht geführt. Seit 15 Jahren kämpfen Betroffene gegen eine ungerechte und unsoziale Beitragspraxis. Vor fünf Jahren konnte ein erster Erfolg erzielt werden: die Wasserbeiträge wurden abgeschafft.

Gegenwärtig bestimmen die Straßenausbaubeiträge die Debatte. Die Landesregierung hat es sich laut Koalitionsvertrag zur Aufgabe gemacht, „*im Bereich der Straßenausbaubeiträge für die Zukunft eine gesetzliche Regelung zu finden, die bürgerfreundlich, juristisch einwandfrei und für das Land finanzierbar ist*“. Eine Neuregelung ist für Herbst diesen Jahres angekündigt. Trotz sachlichen und offenen Dialoges unter Einbeziehung der Bürgerinitiativen sind die beabsichtigten Regelungen zur angeblichen Neugestaltung des Straßenausbaubeitragsrechts enttäuschend. Letztlich wird das bisherige Beitragsfinanzierungssystem fortgesetzt und darüber hinaus an der rückwirkenden Erhebung der Straßenausbaubeiträge bis 1991 im Grundsatz festgehalten.

Die „Bürgerallianz Thüringen e.V. gegen überhöhte Kommunalabgaben“ hat einen eigenen Gesetzentwurf erarbeitet, der bürgerfreundlich und finanzierbar und daher zur Diskussion zu stellen ist. Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben den Gesetzentwurf „Thüringer Gesetz zu Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge“ gemeinsam in den Landtag eingebracht. Der Vorschlag, zum Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchzuführen, damit alle Bürgerinnen und Bürger selbst verfolgen können, wie die zahlreichen Sachverständigen den Gesetzentwurf bewerten, ist seitens der regierungstragenden Mehrheiten blockiert und lediglich eine schriftliche Anhörung unter Ausschluss der Öffentlichkeit zugelassen worden. Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE halten den öffentlichen Dialog über die Kommunalabgaben für zwingend erforderlich und führen deshalb am

**Donnerstag, den 28. Oktober 2010,  
ab 16.00 Uhr  
im Raum 125/125a des Thüringer Landtages**

eine **öffentliche mündliche Anhörung** zum Gesetzentwurf durch.

Zu dieser Anhörung laden wir alle Interessierten recht herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Kuschel (MdL, DIE LINKE)

Dirk Adams (MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## **Rückmeldung**

über die Teilnahme an der öffentlichen Anhörung zum „Thüringer Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge“ – Gesetzentwurf der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Drucksache 5/1413

Thüringer Landtag  
Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
**99096 Erfurt**

Diana Kölbl

Telefon: 0361 / 377 26 37

Fax: 0361 / 377 2630

Mail: [koelbel@die-linke-thl.de](mailto:koelbel@die-linke-thl.de)

Name, Vorname

- nehme ich teil. Es werden insgesamt ..... Personen anreisen.
- kann ich leider nicht teilnehmen.